

**H**err Blocher, laut der neuesten gfs-Umfrage wollen 63 Prozent der SVP-Wähler die Ecopop-Initiative ablehnen – trotz Nein-Parole der Parteileitung. Haben Sie Ihre Basis noch im Griff?

**Christoph Blocher:** Ich will niemanden «im Griff» haben – ich bin Demokrat. Wie aber ist die Realität? Die Delegiertenversammlung der SVP Schweiz hat die Initiative mit 298 zu 80 Stimmen abgelehnt. Ausserdem: 19 Sektionen sagen Nein, und 7 sagen Ja. Und?

*Die Ecopop-Initianten argumentieren aber sehr ähnlich wie Ihre Partei bei der Masseneinwanderungs-Initiative. Da ist es doch kaum verwunderlich, dass die SVP-Wähler dieser Linie folgen.*

**Blocher:** Beide Initiativen wollen die Zuwanderung beschränken. Aber während der beschlossene Verfassungsartikel die Masseneinwanderung verhindert und gleichzeitig das Leben ermöglicht, verhindert die Ecopop-Initiative das wirtschaftliche Leben. Leider haben viele Bürger das Vertrauen in den Bundesrat und in die Parteien verloren. Sie glauben nicht mehr, dass bei der Zuwanderung in Bern etwas passiert. Von den Verant-

Zeiten braucht es etwas mehr, in schlechten etwas weniger Zuwanderung. Die Ecopop-Initiative ist lebensfremd.

*Was hätte Ecopop für Auswirkungen auf die Wirtschaft?*

**Blocher:** Nehmen wir an, ein schweizerisches Unternehmen mit 20 Angestellten sucht dringend einen Ingenieur. Wird der Verfassungsartikel vom 9. Februar endlich umgesetzt, muss es auf dem Schweizer Markt suchen. Nur wenn es keinen in der Schweiz findet, bekommt es eine Bewilligung für einen Ausländer. Nach Ecopop ist das nicht möglich, weil – bei einer Situation wie heute – die Quote schon aus dem Asylbereich ausgeschöpft ist. Der Unternehmer kann ja diesen Ingenieur wohl nicht unter den eritreischen Flüchtlingen finden, also wird er seine Firma dorthin verlegen müssen, wo er diesen Ingenieur findet. Und das wiederum bedeutet, dass auch die anderen 19 Angestellten – alles vielleicht Schweizer – entlassen werden. Diese Auswirkungen können wir nicht wollen.

*Die Initianten argumentieren, dass brutto immer noch 100 000 Menschen einwandern dürften. Das würde reichen, um den Bedarf der Wirtschaft zu decken.*



«In guten Zeiten braucht es etwas mehr, in schlechten etwas weniger Zuwanderung. Die Ecopop-Initiative ist lebensfremd.»

**Christoph Blocher** alt Bundesrat (SVP)

wortlichen hören sie immer nur, dass die EU nicht verhandeln wolle, dass man den Volkswillen und den beschlossenen Artikel nicht hinnehmen wolle. Das schafft kein Vertrauen.

*Konkret: Warum soll jemand, der am 9. Februar Ja gesagt hat, nun Nein zu Ecopop sagen?*

**Blocher:** Die am 9. Februar angenommene Volkssinitiative beschränkt die Zuwanderung massiv, aber lässt für dringende Bedürfnisse und wenn man in der Schweiz niemanden findet – aber nur dann –, eine Ausländerbewilligung zu. Die Schweizer haben sich am 9. Februar für das System entschieden, das die Schweiz bereits zwischen 1970 und 2007 hatte und das gewährleistet, dass die Zuwanderung viel geringer war und trotzdem der Werkplatz Schweiz am Leben blieb. Anders die Ecopop-Initiative. Mit ihrer starren Quote ist die Zuwanderung schon allein durch den Asylbereich erfüllt! Ein fixe Zahl – also 0,2 Prozent – ist falsch: In guten

**Blocher:** Das stimmt aber nur, wenn die gleichzeitig etwa 84 000 Menschen auswandern. Was aber, wenn diese bleiben?

*Einige Sympathisanten gehen weiter und sagen, die Wirtschaft solle gar nicht immer weiter wachsen, und ein kleiner Dämpfer täte ihr daher ganz gut. Was sagen Sie als Unternehmer zu dieser These?*

**Blocher:** Ich teile diese Meinung nur ein Stück weit. Es bringt zum Beispiel nichts, wenn eine Informatikfirma in die Schweiz kommt, hier aber keinen einzigen Informatiker findet und diese dann ausnahmslos im Ausland geholt werden müssen. Aber bestehende Unternehmen müssen grundsätzlich wachsen können. Aber nicht nur das ganze BIP soll wachsen, sondern auch das BIP pro Kopf. Seit der Personenfreizügigkeit stagniert dieses oder geht sogar zurück – trotz starkem Wirtschaftswachstum. Es bleibt aber trotzdem eine Tatsache, dass nicht alle

Branchen die nötigen Fachkräfte in der Schweiz finden, und diese müssen dann im Ausland gesucht werden können.

*Was passiert denn eigentlich mit der Masseneinwanderungs-Initiative, wenn Ecopop angenommen wird? Sind beide umsetzbar?*

**Blocher:** Ja, aber mit einer starren Quote, die schon mit der unhaltbaren Asylpolitik ausgeschöpft ist. Um das Leben in der Schweiz zu gewährleisten, bleibt dann nichts mehr.

*Sie haben vorhin kritisiert, dass es mit der Umsetzung der SVP-Initiative nicht vorwärtsgeht. Gleichzeitig ist die Abstimmung aber erst zehn Monate her.*

**Blocher:** Die Umsetzung liegt in der Schublade! Wir haben damit 36 Jahre Erfahrung! Die Ausführung liegt auf dem Tisch, und selbst wenn man da noch kleine Anpassungen machen wollte, wäre das in einem Monat geschafft. Aber man will in Bern nicht. Man tut nur so und starrt nach Brüssel, wie das Kaminchen vor der Schlange. Dabei ist es einfach: Will Brüssel nicht verhandeln, dann muss die Schweiz die Personenfreizügigkeit künden, wie dies der Vertrag vorsieht. Der Bevölkerung müssen wir nun klarmachen, dass sie der SVP hier vertrauen kann. Wenn der Bundesrat nicht vorwärtsmacht, dann wird unsere Partei eine Volksinitiative lancieren, die eine Kündigung der Bilateralen fordert.

*Nun hat die Ecopop-Initiative noch eine zweite Komponente: Der Bund soll zehn Prozent seiner Gelder für Entwicklungszusammenarbeit für die freiwillige Familienplanung einsetzen. Was halten Sie davon?*

**Blocher:** Nichts. Das kostet einen Haufen Geld, das zum Fenster hinausgeworfen wird. Dass wir in Afrika Familienplanung betreiben, mit der Idee, dass dann weniger Leute in die Schweiz kommen, ist eine Illusion.

*Die Initianten wehren sich gegen diese Interpretation: Sie sagen, sie wollen das Bevölkerungswachstum in den Entwicklungsändern begrenzen, um den Menschen dort ein Leben in Würde und Wohlstand zu ermöglichen.*

**Blocher:** Wenn das so wäre, wäre die Einheit der Materie nicht erfüllt und die Initiative wäre für ungültig erklärt worden. Die Begründung der Initianten war am Anfang auch ganz klar, dass durch die Familienplanung die Wanderungsbewegungen gestoppt oder gemildert werden sollen. Und das ist eine Illusion. Zusammengefasst kann man also sagen, die Ecopop-Initiative fordert Geld für nichts und fügt der Schweiz massiv Schaden zu. Und alle, die Ja stimmen, um nur der unfähigen Regierung in Bern einen Denzettel zu verpassen, spielen mit dem Feuer.

## Forderungen Bevölkerungswachstum beschränken – der Umwelt zuliebe

SCHAFFHAUSEN Die Ecopop-Initiative gliedert sich in zwei Forderungen, die aber beide das gleiche Ziel haben: das Bevölkerungswachstum einzudämmen. Nötig sei dies, so die Initianten, weil die Belastung für die Umwelt umso grösser werde, je mehr Menschen die Erde bevölkern. Natürliche Ressourcen würden durch das starke Bevölkerungswachstum knapp und die Verschmutzung von Luft und Gewässern würde zunehmen, wobei die ärmsten Länder der Welt am stärksten von dieser Entwicklung betroffen seien.



Ein Plakat bringt die eine Forderung von Ecopop auf den Punkt: «9 statt 12 Millionen» soll die Schweiz zählen. Bild Key

Initiative. Demnach soll die Zuwanderung in die Schweiz stark beschränkt werden, auf 0,2 Prozent der ständigen Wohnbevölkerung (netto). Konkret würde das bedeuten, dass nur noch etwa 16 000 bis 17 000 Personen mehr in die Schweiz einwandern dürften, als diese im Gegenzug verliessen. Miteingerechnet in diese Quote wären

Flüchtlinge, ausländische Fachkräfte, Familiennachzug oder auch zurückkehrende Auslandschweizer. Die Quote müsste im dreijährigen Mittel erfüllt werden, minimale Schwankungen wären also erlaubt. Die Initiative sieht zudem eine Übergangsphase vor: Im ersten Jahr nach Annahme dürfte die Schweiz aufgrund der Zuwanderung noch um 0,6 Prozent wachsen, im zweiten Jahr um 0,4 Prozent. Insgesamt hätte der Bund vier Jahre Zeit, um die Initiative umzusetzen.

**Bald negatives Wanderungssaldo?**

In diesen Übergangsbestimmungen ist allerdings noch eine weitere Forderung enthalten: Wenn die Zuwanderung in den Jahren bis zur definitiven Umsetzung die festgesetzte Quote übersteigt, muss der Überschuss in den ersten fünf Jahren nach Inkrafttreten der neuen Verfassungsbestimmung kompensiert werden. Dies könnte nur über einen negativen Wanderungssaldo erreicht werden. Die NZZ hat errechnet, dass bis 2022 pro Jahr rund 19 000 Personen mehr aus- als einwandern müssten, um diese Forderung zu erfüllen. Dies bei einer konstanten Zuwanderung von 100 000 Personen. (abu)

# Ecopop – dafür und dawider

VON VANESSA BUFF

Bei der Masseneinwanderungs-Initiative kämpften Christoph Blocher und Thomas Minder noch auf der gleichen Seite. Bei der Volksinitiative «Stopp der Überbevölkerung – zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen», kurz Ecopop, sind sie nun allerdings geteilter Meinung. Während der Schaffhauser Ständerat darin ein Druckmittel sieht, um die Initiative vom 9. Februar durchzusetzen, schätzt der SVP-Strategie und alt Bundes-

rat die Initiative als unnützlich und gefährlich ein.

«Sie fordert Geld für nichts und fügt der Schweiz massiv Schaden zu», fasst Blocher zusammen. Minder hält dagegen: «Die Ecopop-Initiative will die Bruttozuwanderung um ein Drittel senken. Ich meine, das ist auch das, was das Volk möchte.» Die Ecopop-Initiative, über die das Volk am Sonntag abstimmt, will das Bevölkerungswachstum aus ökologischen Gründen reduzieren.



Christoph Blocher (links) und Thomas Minder bei der Delegiertenversammlung der SVP im Januar 2013.

Bild Key

**K**ritiker befürchten, mit der Ecopop-Initiative würde die Wirtschaft komplett abgewürgt. Mögen Sie den jüngeren Generationen denn kein Wachstum mehr gönnen, Herr Minder?

**Thomas Minder:** Im Gegenteil. Ich frage mich, darf jemand, der heute geboren wird, in 25 oder in 50 Jahren auch noch ein Häuschen bauen? Wenn wir mit der Zuwanderung so weitermachen wie bisher, dann wird das nicht einmal mehr für Schweizer Bürger möglich sein.

*Nochmals: Was sagen Sie zum Argument der Gegner, dass Ecopop die Wirtschaft abwürgt?*

**Minder:** Wenn die Ecopop-Gegner ehrlich wären, dann würden sie eine Vorlage für die weltweite Personenfreizügigkeit lancieren – wenn die Zuwanderung denn tatsächlich das Ei des Kolumbus wäre und die Wirtschaft derart ankurbeln würde, wie behauptet wird. Dann könnten wir im Parlament darüber diskutieren. Ich sage aber: Die Wirtschaft ist durch und durch egoistisch, sie will den Gewinn steigern und den Binnenkonsum anregen. Das geht natürlich mit Zuwanderung, die müssen ja alle essen, trinken, Haare schneiden lassen und irgendwo wohnen. Die Bautätigkeit hat den absoluten Peak erreicht, gleichzeitig ist aber die Bauindustrie für zehn Prozent der Arbeitslosigkeit verantwortlich. Drei Viertel der Kantone schreiben zudem rote Zahlen. Dies trotz Zunahme des Steuerstrahls von natürlichen und juristischen Personen, welche durch die starke Zuwanderung zu uns gekommen sind. Kümmert sich die Wirtschaft darum? Da merkt jeder Bürger, dass an dieser Politik etwas nicht stimmt.

*Dennoch – der Schweiz fehlen Fachkräfte, gemäss Arbeitgeberverband sind es rund 400 000 bis in 15 Jahren. Wie kann die Wirtschaft ihren Bedarf decken, wenn Ecopop angenommen wird?*

**Minder:** Die Trybol AG ist hier das beste Beispiel: Wir bilden Lehrlinge aus, wir haben Teilzeitstellen, und wir beschäftigen Arbeitnehmer, die über 50 und sogar über 60 Jahre alt sind. Der Fachkräftemangel ist hausgemacht und kann auch intern gelöst werden. Ausserdem können auch mit Ecopop noch rund 100 000 Personen pro Jahr einwandern, da finden wir jeden benötigten Arzt und jede Krankenschwester. Das sind alles Angstmachereien. Wir müssen den Mut haben, diese Spirale zu unterbinden. Wenn man so argumentiert, so verschlimmert sich der Fachkräftemangel Jahr für Jahr, weil die zugewanderte Bevölkerung auch gepflegt werden muss.

*Fachkräfte fehlen aber nicht nur im Pflegebereich, sondern auch in der Industrie oder in der Informatikbranche.*

**Minder:** Vor der Personenfreizügigkeit hatten wir etwa 70 000 Arbeitslose. Heute haben wir 30 000 Ausgesteuerte und 132 000 Arbeitslose, und das sind bestimmt nicht nur Leute, die nicht zu gebrauchen sind. Gleichzeitig siedeln wir aber – auch in der Region – Firmen an, die ihre Arbeitskräfte mehrheitlich aus dem Ausland mitbringen und nicht hier rekrutieren. Und selbst wenn sie das tun, gibt es genügend Beispiele, wo die sogenannten Fachkräfte dann innert kürzester Zeit wieder rausgekickt wurden. Ist es das, was wir wollen? Und dann kommt noch etwas anderes hinzu: Obwohl ich ein Mann aus der Wirtschaft bin, gewichte ich bei diesem Thema Ökologie und Nachhaltigkeit stärker als Gewinn und Wachstum. Denn jeder Zuwanderer braucht Wohnraum und Infrastruktur, und dafür wiederum wird Land verbaut. Das sieht man in Beringen, wo es eine neue Schule brauchte, neue Strassen, neue Reservoirs und so weiter. Ich kann mir einfach nicht vorstellen, dass die Leute wollen, dass es überall so aussieht wie im Beringerfeld.

*Sie sprechen den ökologischen Hintergrund von Ecopop an ...*

**Minder:** Ja, und hier zählt die Anzahl der Menschen genauso wie die Frage,

wie viele Ressourcen jeder Einzelne von uns verbraucht. Ecopop heisst aber nicht, dass wir beim zweiten Aspekt gar nichts unternehmen sollten. Auch gebe ich den Gegnern ein Stück weit recht, dass es nicht so drauf ankommt, ob nun jemand in Deutschland oder in der Schweiz Auto fährt. Doch bei einem Zuwanderer, beispielsweise aus Rumänien, stimmt die Rechnung nicht mehr: Seine Wohnung dort steht mit grosser Wahrscheinlichkeit leer, und er kauft sich hier ein Auto, das er sich dort nicht hätte leisten können. Viele Zuzügler haben hier einen grösseren Ressourcenverbrauch, weil sie besser verdienen als in ihrem Heimatland.

*Warum ist denn eine fixe Zuwanderungsquote von 0,2 Prozent in jeder Wirtschaftslage und für alle Zeiten richtig?*

**Minder:** Die Ecopop-Initiative will die Bruttozuwanderung um einen Drittel senken. Ich meine, das ist auch das, was das Volk möchte, die Schweizerinnen und Schweizer wollen nicht einfach nur 10 oder 15 Prozent weniger. Und schauen Sie jetzt mal auf den Umsetzungsprozess: Bei der Agrarreform etwa hatten wir letztes Mal im Parlament 143 Anträge, und das ist eine Vorlage, die immer wieder kommt. Stellen Sie sich vor, wie das bei der Massenein-



«Viele Zuzüger haben hier einen grösseren Ressourcenverbrauch, weil sie besser verdienen als in ihrem Heimatland.»

**Thomas Minder** Ständerat (SH)parteilos

wanderungs-Initiative herauskommt – das wird eine Flut von Anträgen geben. Die Grünen und die SP stellen sich ausserdem offen gegen ein Kontingierungsgesetz, CVP und BDP wollen die Bilateralen retten. Da ist es doch klar, dass es zu einem Referendum kommen wird. Ecopop wirkt da wie eine Durchsetzungsinitiative.

*Das erklärt, warum Sie die Initiative unterstützen, beantwortet aber nicht, warum eine fixe Quote von 0,2 Prozent richtig ist.*

**Minder:** 0,2 Prozent sind richtig, weil sie der EU-Quote entsprechen. Deutschland ist das beste Beispiel: Das Land gilt als Wirtschaftsmotor Europas, die Bevölkerung liegt aber seit Jahren bei rund 82 Millionen. Die Argumentation, dass es Zuwanderung für eine gute Wirtschaft braucht, stimmt also nicht.

*Und das gilt in jeder Situation? In Deutschland gibt es ja gerade keine starre Beschränkung.*

**Minder:** Ecopop verlangt 0,2 Prozent im dreijährigen Durchschnitt. Die Nettozuwanderung kann also durchaus im einen Jahr 0,1 Prozent, im anderen dafür 0,3 Prozent betragen. Und jetzt mache ich gleich noch eine Klammer auf für den Asylbereich: Erstens werden heute Asylanten und vorläufig Aufgenommene nach zwölf Monaten zur ständigen Bevölkerung gezählt. Das ist falsch und müsste revidiert werden. Und zweitens würden Asylbewerber auch weniger lang in der Schweiz bleiben, wenn die Gesuche endlich schneller behandelt würden.

**Die Positionen** Wer sich für die Ecopop-Initiative engagiert und wer dagegen kämpft

SCHAFFHAUSEN Lanciert wurde die Ecopop-Initiative von der «Vereinigung Umwelt und Bevölkerung» oder eben Ecopop. Der Verein geht auf eine Arbeitsgruppe zurück, welche sich bereits in den 70er-Jahren mit dem Ziel zusammenfand, für den Zusammenhang zwischen Bevölkerungswachstum und Umweltproblemen zu sensibilisieren. Prominente Mitglieder sind unter anderem Hans Popp, ehemaliger stellvertretender Direktor des Bundesamts für Landwirtschaft, oder der St. Galler Wirtschaftsprofessor Hans Christoph Binswanger.

*Bei vorläufig aufgenommenen Flüchtlingen ist aber eine Ausreisung nicht möglich, etwa wenn in ihrem Heimatland Krieg herrscht. Das hat in diesem Fall nichts mit einer langen Bearbeitungszeit zu tun.*

**Minder:** Aber dann muss man sie doch nicht zur ständigen Wohnbevölkerung zählen. Das ist falsch.

*Bei der Masseneinwanderungs-Initiative werden Flüchtlinge ausgeklammert. Zudem soll in einem Prozess zusammen mit der Wirtschaft ausgehandelt werden, wie gross die Kontingente sein sollen. Wie stellen Sie sich die Umsetzung von Ecopop vor?*

**Minder:** Darauf gebe ich Ihnen keine Antwort. Erst bringen wir die Initiative ans Ufer, bevor wir sie festmachen. Die Umsetzung ist dann die Sache von Bundesrat und Parlament.

*Aber die Fragen hängen zusammen: Wie soll garantiert werden, dass die Schweiz etwa wegen der Aufnahme von Flüchtlingen nicht in Konflikt mit dem Völkerrecht gerät, wenn nicht klar ist, wie die Quote umgesetzt werden soll? Ist denn ein einfacher Schluss, wenn 0,2 Prozent erreicht sind?*

**Minder:** Ich bleibe dabei: Es ist nicht Aufgabe des Initiativkomitees, die Vorlage umzusetzen. Die 100 000 brutto

reichen aber sehr wohl, um den Asylbereich genügend abzudecken.

*Dann kommen wir zum Schluss noch zum zweiten Aspekt der Initiative. Warum soll ausgerechnet die freiwillige Familienplanung in der Verfassung festgeschrieben werden?*

**Minder:** Die Bürgerlichen wollen, wenn sie ehrlich sind, die Entwicklungshilfe herunterfahren – aber das Volk darüber mitentscheiden lassen, das wollen sie dann nicht. Mit Ecopop könnten wir immerhin über zehn Prozent mitbestimmen, obwohl mir natürlich am liebsten wäre, wir könnten dies zu 100 Prozent tun. Die Entwicklungshilfe hat in den letzten zehn Jahren um 64 Prozent zugenommen. Das ist ein Fass ohne Boden und läuft in eine völlig falsche Richtung, weil die extrem hohen jährlichen Beträge zu wenig demokratisch legitimiert zweckgebunden sind.

*Macht es unter dieser Prämisse Sinn, zehn Prozent der Ausgaben an einen bestimmten Zweck zu binden – statt die Gelder flexibel dort einzusetzen, wo Bedarf ist?*

**Minder:** Wir nehmen doch der Deza, der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit, keinen einzigen Franken weg. Sie wendet jetzt schon 88 Millionen Franken für die freiwillige Familienplanung auf, das Einzige, was sie tun müsste, wäre, diesen Betrag auf 150 oder 160 Millionen hochzuschrauben. Aber ich wiederhole nochmals: Mir wäre es am liebsten, wenn das Volk über 100 Prozent der Deza-Gelder bestimmen könnte. Das sollte man angehen.

Bei der Initiative wird der Ecopop-Verein lediglich von einzelnen Personen aus Umweltschutz und Politik unterstützt, darunter Anne-Marie Rey (SP), Vorkämpferin für die Fristenlösung, oder Hans Hüsey, Gründer von WWF Schweiz. Gegen die Initiative engagiert sich eine breite Front aus Bundesrat, Parlament, sämtlichen Parteien sowie Gewerkschaften, Wirtschaftsverbänden und Entwicklungsorganisationen. Auch Umweltschutzorganisationen wie der WWF oder Greenpeace empfehlen ein Nein am 30. November. (abu)